

**Interpellation SVP-Fraktion:****«Personen im Asylbereich lassen sich in den Spitälern und im Notfall grosszügig behandeln – die Schweizer bezahlen**

Die Schweiz verfügt über eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Es ist allen zugänglich. Leider kommt es aber immer häufiger zu Missbräuchen. Zahlreiche Staatsangehörige aus Ländern, die keinen Anspruch auf Asyl haben, kommen in die Schweiz, um sich hier auf Kosten der Allgemeinheit oftmals teuren Behandlungen zu unterziehen. Für Schlagzeilen sorgte etwa ein Fall von Personen aus Georgien, bei dem es um teilweise exorbitante Summen ging. Sie stellten ein aussichtsloses Asylgesuch. Während dieses geprüft wurde, liessen sie sich behandeln. Danach kehrten sie in ihr Herkunftsland zurück.

Zudem lassen sich sehr viele Migrantinnen und Migranten, die Asyl beantragen und auch erhalten, zahnärztlich oder sogar kieferorthopädisch behandeln. Auch alle anderen Vorzüge des Schweizer Gesundheitssystems wie Operationen werden von Personen im Asylbereich gerne und häufig in Anspruch genommen. Mitarbeitende des Kantonsspitals St.Gallen berichten anonym über solche Patienten – meist auf Afghanistan, Marokko, Tunesien und der Ukraine. Darüber hinaus wird der Notfall aufgrund des fehlenden Hausarztes und der fehlenden Kostenbeteiligung (sogar der Selbstbehalt wird von der Gemeinde über die Sozialhilfe bezahlt) direkt in Anspruch genommen.

Die Schweizerinnen und Schweizer leiden derweil unter den Gesundheitskosten: Ein erwachsener Schweizer oder Schweizerin zahlt jährlich rund 5'400 Franken Krankenkassenprämien allein in der Grundversicherung. Dazu leistet die Bevölkerung mit mehreren Milliarden Franken Steuergeldern Zahlungen an Spitäler, Zahlungen der Kantone für stationäre Spitalaufenthalte, Zahlungen für die Prämienverbilligung an Krankenkassen sowie eine Zahlung der Kantone an die unbezahlten Prämienbeiträge. Die Gemeinden bezahlen zudem aus den Steuergeldern die Krankenkassenprämien über die Sozialhilfe.

Während die arbeitende Bevölkerung und Familien unter den hohen Krankenkassenprämien, Steuern und selbst getragene Gesundheitskosten leiden, lassen sich Personen ohne Chance auf Asyl auf unsere Kosten gesund pflegen und verschwinden wieder. Dazu kommt, dass auch Personen mit einem anerkannten Asylstatus oder abgewiesene Asylsuchende gratis die weltweit beste gesundheitliche Pflege in vollem Ausmass geniessen, ohne dass sie je einen Franken dazu beigetragen haben.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieso können Asylmigranten ab Tag eins dieselben Gesundheitsleistungen nutzen wie die Schweizer Bevölkerung, die das Gesundheitssystem mit Steuergeldern und Prämiengeldern sogar doppelt finanziert?
2. Was unternimmt die St.Galler Regierung gegen Medizintourismus im Asylbereich in den Gesundheitseinrichtungen (öffentliche und private Spitäler, Aufsuchen von Notfallstationen, Aufsuchen von Ärztinnen und Ärzten)?
3. Wie oft nahmen Asylmigranten in Asylzentren des Kantons und des TISG medizinische Leistungen in Anspruch (öffentliche und private Spitäler, Aufsuchen von Notfallstationen, Aufsuchen von Ärztinnen und Ärzten)?
4. Was unternimmt die St.Galler Regierung gegen die Überkonsumation von Gesundheitsleistungen durch Asylmigranten, da sie aufgrund der staatlichen Übernahme ihrer Prämien- und Gesundheitskosten keinerlei Anreiz zum Sparen haben?
5. Was unternimmt die St.Galler Regierung gegen das überdurchschnittliche Aufsuchen von Notfallstationen durch Asylmigranten?

6. Welche jährlichen Gesundheitskosten zu Lasten der Steuer- und Prämienzahler verursachen die folgenden Personen:
  - a) Insassen von Gefängnissen im Kanton St.Gallen;
  - b) Asylmigranten in Asylzentren des Kantons;
  - c) Asylmigranten in Asylzentren des TISG;
  - d) Personen mit Asylstatus in den St.Galler Gemeinden?
7. Mit welcher Franchise werden Personen im Asylbereich versichert und wer bewilligt die selbst zu tragenden Kosten?
8. Teilt die Regierung die Ansicht, dass Asylsuchende nicht mehr bei den Krankenkassen versichert sein sollen, sondern deren Gesundheitskosten direkt vom Staat übernommen werden, womit Transparenz geschaffen und die Bevölkerung von den steigenden (aber einkommensunabhängigen) Prämien entlastet werden können? »

4. Juni 2025

SVP-Fraktion